

foodwatch fordert Merkel, Malmström und Co. auf, falsche Aussagen zu TTIP und CETA richtigzustellen – Studie belegt: Freihandelsabkommen höhlen Vorsorgeprinzip und damit Gesundheits- und Verbraucherschutz aus

geschrieben von Andreas | 29. Juni 2016

Pressemitteilung – Thema: Freihandelsabkommen

- In einem Offenen Brief fordert foodwatch Bundeskanzlerin Angela Merkel auf, Falschaussagen zu TTIP und CETA zu korrigieren.
- Ein Rechtsgutachten belegt erstmals: Anders als von Politikern in Berlin und Brüssel behauptet, ist das „Vorsorgeprinzip“ in TTIP und CETA nicht geschützt; europäische Standards sind dadurch in Gefahr.

Berlin, 27. Juni 2016. Die Verbraucherorganisation foodwatch hat Bundeskanzlerin Angela Merkel, EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström und weitere Politiker in Berlin und Brüssel aufgefordert, die Öffentlichkeit nicht mehr mit Falschaussagen zu den Freihandelsabkommen TTIP und CETA zu täuschen. Vertreter der Bundesregierung und der Europäischen Union behaupten regelmäßig, die geplanten Handelsverträge der EU mit den USA und Kanada würden das „Vorsorgeprinzip“ ohne Einschränkungen berücksichtigen und somit europäische

Schutzstandards nicht gefährden. Ein internationales Rechtsgutachten renommierter Experten aus Deutschland, Belgien und den Niederlanden, das foodwatch kürzlich veröffentlicht hat, belegt allerdings das Gegenteil: Das Prinzip des vorsorgenden Verbraucherschutzes ist in TTIP und CETA „nicht hinreichend verankert“, heißt es in der Studie. Standards, etwa im Verbraucher- und Gesundheitsschutz, würden dadurch in Frage gestellt.

„Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, Ihre Ausführungen stehen im Widerspruch zu den wissenschaftlichen Erkenntnissen. Wir bitten Sie daher dringend darum, hierzu Stellung zu beziehen“, schrieb foodwatch-Geschäftsführer Thilo Bode in einem heute veröffentlichten Offenen Brief an Angela Merkel.

Frau Merkel hatte versichert, durch den TTIP-Handelsvertrag mit den USA werde „kein einziger Standard, der in der Europäischen Union oder in Deutschland gilt, abgesenkt“. Kritikern bot sie an: „Wer es mir nicht glaubt, kann bei mir vorstellig werden. Ich biete Gespräche an.“ Zahlreiche andere Politikerinnen und Politiker äußerten sich ähnlich. So sagte die für Handel zuständige EU-Kommissarin Cecilia Malmström: „Kein EU-Handelsabkommen wird das Schutzniveau für Verbraucher und Umwelt oder bei der Lebensmittelsicherheit absenken“. Ignacio Bercero, TTIP-Chefunterhändler der EU, versprach: „Wir halten das Vorsorgeprinzip vollständig aufrecht.“ Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel behauptete: „Eine Absenkung der erreichten Standards wird es nicht geben.“ Und Bundesjustizminister Heiko Maas erklärte gegenüber foodwatch, dass „das Vorsorgeprinzip bei den Verhandlungen nicht zur Disposition steht.“

Ein internationales Rechtsgutachten im Auftrag von foodwatch widerlegt diese Aussagen jedoch: „Der europäische Vorsorgegrundsatz und seine weitere Verwirklichung [ist] in den Regelungstexten nicht hinreichend verankert“, schreibt das Wissenschaftsteam um Prof. Dr. Peter-Tobias Stoll, Direktor der Abteilung Internationales Wirtschaftsrecht und Umweltrecht

an der Georg-August-Universität Göttingen, Dr. Wybe Th. Douma vom TMC Asser Instituut in Den Haag und Prof. Dr. Nicolas de Sadeleer von der Université Saint-Louis in Brüssel. „In der Zusammenschau ist zu befürchten, dass bestehende und zukünftige europäische Regelungen (...) durch Vorgaben im CETA-Übereinkommen und nach den vorliegenden Vorschlägen der EU zu TTIP in Frage gestellt bzw. erschwert werden“.

„Die deutsche Regierung und die EU-Kommission behaupten unverdrossen, das für den Verbraucher- und Gesundheitsschutz so wichtige Vorsorgeprinzip bleibe bei TTIP und CETA vollständig gewahrt. Auf den 1.600 Seiten des CETA-Vertrages wird das Vorsorgeprinzip allerdings kein einziges Mal erwähnt. Wenn international angesehene Wissenschaftler belegen, dass die Behauptungen der Politiker nicht zutreffen, hat die Öffentlichkeit Anspruch auf eine Antwort. Angela Merkel, Sigmar Gabriel, Cecilia Malmström und Co. wundern sich über den wachsenden Widerstand der Bevölkerung gegen CETA und TTIP. Doch die Politiker geben dem Widerstand selber täglich Nahrung indem sie uns allen keinen reinen Wein einschenken über die negativen Effekte der Freihandelsabkommen“, sagte Thilo Bode von foodwatch.

Das in den Verträgen der Europäischen Union festgeschriebene Vorsorgeprinzip bildet eine wesentliche Grundlage für die Gesundheits-, Umwelt- und Verbraucherpolitik in Europa – und unterscheidet sich von dem vielfach nur „nachsorgenden Ansatz“ in den USA und Kanada. Während in Nordamerika in vielen Bereichen Substanzen zugelassen werden, bis deren Schädlichkeit nachgewiesen wird, gilt beim Vorsorgeprinzip die Umkehr der Beweislast. Demnach muss ein Unternehmen – beispielsweise bei der Zulassung von Chemikalien – die Unschädlichkeit wissenschaftlich nachweisen und alle eigenen Studien dazu offenlegen. Regierungen in Europa müssen bei potenziellen Risiken vorsorgend aktiv werden, wenn es begründete Bedenken gibt.

In Offenen Briefen hat foodwatch Bundeskanzlerin Angela

Merkel, Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel, Bundesjustizminister Heiko Maas, Bundesagrarminister Christian Schmidt sowie EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström, EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker und EU-Chefunterhändler Ignacio Bercero aufgefordert, Stellung zu beziehen und die Aussagen zum Vorsorgeprinzip zu korrigieren.

Quellen und weiterführende Informationen:

- Offene Briefe von foodwatch: tinyurl.com/glso8rn
- Rechtsgutachten „CETA, TTIP und das europäische Vorsorgeprinzip“: tinyurl.com/jjqmxkp
- foodwatch-Hintergrundpapier „7 Thesen zu CETA, TTIP und dem europäischen Vorsorgeprinzip“: tinyurl.com/j5oepyb
- Zitate-Sammlung „Wie Politik und Wirtschaft die Öffentlichkeit über die Freihandelsabkommen täuschen“: tinyurl.com/jcwsffa

Pressekontakt:

Andreas Winkler

E-Mail: presse@foodwatch.de

Tel.: +49 (0)30 / 24 04 76 – 2 90

Radlhauptstadt München bietet Radl-Kurse für Senioren

geschrieben von Andreas | 29. Juni 2016

Presseveröffentlichung

27/6/2016

Radeln in allen Lebenslagen – das möchte die Radlhauptstadt München ermöglichen und veranstaltet deshalb für Radlerinnen und Radler kostenfreie Kurse in Münchner Alten- und Servicezentren. Für die kommenden Termine am 30. Juni im ASZ

Obermenzing, am 7. Juli im ASZ Altstadt und am 12. Juli im ASZ Berg am Laim gibt es noch freie Plätze.

Beginn der Kurse ist jeweils um 14:00 Uhr. Sie dauern zirka drei Stunden und sind in drei Teile gegliedert: Zunächst informiert ein Vertreter der Verkehrspolizeiinspektion München in der Theorie darüber, wie sich Radfahrende sicher im Straßenverkehr bewegen. Anschließend gibt eine Ergotherapeutin Tipps, wie die Teilnehmerinnen und Teilnehmer (wieder) fit fürs Fahrradfahren werden und zeigt kleine Übungen, die sie einfach in ihren Alltag integrieren können. Zum Schluss stellt ein Fahrrad-Anbieter verschiedene Typen von altersgerechten Rädern und Pedelecs vor, damit Jede und Jeder die verschiedenen Modelle selbst ausprobieren und für sich entdecken kann. Für folgende Termine gibt es noch freie Plätze:

30. Juni im ASZ Obermenzing

7. Juli im ASZ Altstadt

12. Juli im ASZ Berg am Laim

Anmeldungen nimmt Julia Fröbel entgegen:
julia.freobel@greencity.de, (089) 890 668 -325.

Weitere Informationen finden Sie auf www.radlhauptstadt.de.

Die Initiative „Radlhauptstadt München“ fördert den Fahrradverkehr in München. Sie wird im Auftrag der Landeshauptstadt München von der Bietergemeinschaft Green City e.V., Green City Projekt GmbH und helios durchgeführt. Weitere Informationen unter www.radlhauptstadt.de.

Pressefotos

Kostenlos als Download unter:



Kontakt

Katja Sorg

Telefon: (089) 890 668 -312

Telefax: (089) 890 668 -66

E-Mail: presse@radlhauptstadt.de

**Neue SÜDWIND-Studie
erschienen: „Make in India.
Untersuchung zu
Arbeitsbedingungen in**

westindischen Textilbetrieben“

geschrieben von Andreas | 29. Juni 2016
Pressemitteilung

Bonn, 27.06.2016: Make in India – mit diesem Slogan wirbt die indische Regierung um internationale Investitionen, um die Produktion im eigenen Land anzukurbeln – zu welchem Preis für die in der indischen Textilbranche arbeitenden Menschen, wird dabei nicht erwähnt: Überlange Arbeitszeiten, niedrige Löhne, fehlende Arbeitsverträge – diese Missstände treten in der gesamten textilen Kette auf. Die heute von SÜDWIND, der Deutschen Kommission Justitia et Pax und der indischen Nicht-Regierungsorganisation PRAYAS vorgelegte Studie zu den Arbeitsbedingungen in indischen Textilbetrieben lenkt den Blick auf die Arbeitsbedingungen in indischen Textilbetrieben von der Baumwollentkernung bis zur Konfektion. Auf der Grundlage einer Befragung von Beschäftigten aus zehn Textilbetrieben im indischen Bundesstaat Gujarat, die vom SÜDWIND-Partner PRAYAS Ende 2015 durchgeführt wurde, vermittelt die Studie ein Bild von strukturellen Arbeitsrechtsverletzungen in der indischen Textilverarbeitung.

„Die massivsten Arbeitsrechtsverletzungen wurden am Anfang der textilen Kette, in den Entkernungsfabriken, festgestellt. Was alle untersuchten Betrieben gemein haben: Zumindest ein Teil der Beschäftigten arbeitet ohne Verträge, ohne Zugang zu sozialen Sicherungssystemen und zu Löhnen unterhalb eines existenzsichernden Niveaus. Außer in einem Betrieb gab es keine gewerkschaftliche Interessenvertretung“, erläutert Dr. Sabine Ferenschild vom SÜDWIND Institut, eine der AutorInnen der Studie.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Arbeitsrechtsverletzungen zunehmen, je weiter man in der

textilen Kette zurückgeht. Insbesondere die Entkernungsbetriebe, aber auch die Spinnereien verstoßen massiv gegen indisches Arbeitsrecht und gegen verschiedene ILO-Konventionen.

„Besorgniserregend ist insbesondere die weitgehende Abwesenheit von gewerkschaftlicher Organisation, gewählten ArbeitnehmerInneninteressensvertretungen sowie von Kollektivverhandlungen. Ohne eine solche organisierte Verhandlungsmacht der Beschäftigten wird es schwer sein, zu Verbesserungen der Arbeitsbedingungen in den Betrieben zu kommen“, folgert Dr. Hildegard Hagemann/Deutsche Kommission Justitia et Pax. Anders als durch ein Audit, mit dem Nachhaltigkeitsstandards einmal im Jahr einen Betrieb durch einen AuditorIn überprüfen lassen, sind Gewerkschaftsvertretungen das ganze Jahr im Betrieb, können Missstände feststellen und sich für deren Behebung einsetzen. Hierin sehen die AutorInnen den Schlüsselfaktor für die Umsetzung aller anderen Arbeitsstandards.

Die Produkte aus den zehn untersuchten Betrieben, seien dies Baumwollfasern, Garne, Stoffe oder Bekleidung, sind in globale Wertschöpfungsketten eingeflochten. Darauf verweisen die in der Studie enthaltenen Firmenporträts: Die untersuchten Firmen haben Verbindungen mit asiatischen und europäischen Märkten und Unternehmen (z.B. C&A und H&M) einerseits, mit international präsenten Standardinitiativen wie dem Global Organic Textile Standard (GOTS) oder Fairtrade andererseits. Auch gegen deren soziale Anforderungen verstoßen die Arbeitsbedingungen in den untersuchten Betrieben.

Um die Arbeitsbedingungen zu verbessern, empfehlen die HerausgeberInnen:

- die Initiierung eines sozialen Dialogs vor Ort,
- die Kopplung staatlicher Subventionen für den Textilsektor an die Einhaltung von Arbeitsstandards, eine verstärkte

Organisierung der Beschäftigten,

- eine verbesserte Umsetzung der Anforderungen von Nachhaltigkeitsstandards wie GOTS und Fairtrade: 1. Einbeziehung von Gewerkschaften und Nicht-Regierungsorganisationen vor Ort in die Audits, 2. größere Transparenz der Auditergebnisse, 3. verbindliches Gewerkschaftstraining für alle Beschäftigten vor jeder Zertifikatvergabe,
- einen Beitrag der Mitgliedsunternehmen des deutschen Textilbündnisses, die von den untersuchten Firmen bzw. aus der Region beziehen, zur Abschaffung der 12-Stunden-Schicht-Systeme in den Entkernungsbetrieben und Spinnereien zur Unterstützung von Gewerkschaftsgründungen und zum Ausbau permanenter Arbeitsverhältnisse leisten können – um nur die gravierendsten Missstände zu nennen.

Das Textilbündnis sollte dafür einen unterstützenden Rahmen bieten.

Die Deutsche Kommission Justitia et Pax bereitet zeitnah die englische Fassung der Studie zur Veröffentlichung vor.

Die von ENGAGEMENT GLOBAL im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) sowie der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen geförderte Studie kann über www.suedwind-institut.de/publikationen/2016/ bestellt werden und steht auch dort zum Download bereit.

Kontakt: Dr. Sabine Ferenschild, Telefon: 0228- 763698-16, E-Mail: ferenschild@suedwind-institut.de

Sandra Grigentin-Krämer

Öffentlichkeitsarbeit und Fundraising /
Public Relations and Fundraising
SÜDWIND e.V. – Institut für Ökonomie und Ökumene

Kaiserstraße 201
53113 Bonn

Tel.: +49 (0)228-763698-14

Fax: +49 (0)228-763698-22

E-Mail: grigentin-kraemer@suedwind-institut.de

Website: www.suedwind-institut.de

Förderung für Social Entrepreneurs in NRW – Land fördert Messeteilnahme an der FAIR FRIENDS in Dortmund

geschrieben von Andreas | 29. Juni 2016

Medien-Information 77 / 2016

Dortmund (Kh) – Gute Nachrichten für nachhaltig handelnde Unternehmen aus NRW: Das Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk des Landes Nordrhein-Westfalen fördert die Messeteilnahme an der FAIR FRIENDS 2016 (1. bis 3. September) in der Messe Westfalenhallen Dortmund mit bis zu 100 Prozent. NRW Wirtschaftsminister Garrelt Duin ruft nun offiziell Unternehmen dazu auf, Bewerbungsunterlagen einzureichen. „Wir freuen uns sehr, dass das NRW-Wirtschaftsministerium Teilnehmer der FAIR FRIENDS fördert. Das unterstreicht einmal mehr die Position unserer Messe als wichtige Plattform im Bereich nachhaltiges Wirtschaften“, sagt Sabine Loos, Hauptgeschäftsführerin der Westfalenhallen Dortmund GmbH.[...]

Die ausführliche Medien-Info zur FAIR FRIENDS 2016 finden Sie hier:

http://www.fair-friends.de/fileadmin/FAIR_FRIENDS/Presse/Pressemitteilungen/Medieninfo77_Foerderung_fuer_Social_Entrepreneurs__FAIR_FRIENDS_2016.pdf

Offizieller Aufruf des NRW-Wirtschaftsministeriums zur Förderung Social Entrepreneurs:

http://www.fair-friends.de/fileadmin/FAIR_FRIENDS/Aussteller/Anmeldung/Aufruf_Social-Entrepreneurs_fin.pdf

Fotos und Logos zur Messe im Downloadbereich:

<http://www.fair-friends.de/presse/downloads.html>

Kontakt

Karolin Heinrigs

Marketing- und Unternehmenskommunikation

Telefon: +49 (0) 231 1204-556

Fax: +49 (0) 231 1204-724

Karolin.Heinrigs@westfalenhallen.de

Westfalenhallen Dortmund GmbH

Strobelallee 45, 44139 Dortmund

Telefon: +49 (0) 231 1204-0

www.westfalenhallen.de

Ein Rotorblatt kommt selten allein: Selbstfahrer-Einsatz im Windpark Hofbieber

geschrieben von Andreas | 29. Juni 2016

Pressemitteilung

- ABO Wind führt 70 Besucher über die Baustelle des Windparks Hofbieber
- Erster Rotorblatt-Transport des Unternehmens mit Selbstfahrer
- Windpark erzeugt klimafreundlichen Strom für 15.000 Personen

(Wiesbaden/Hofbieber, 24. Juni 2016) Rund 70 interessierte Bürgerinnen und Bürger besuchten am Donnerstag die Baustelle des Windparks Hofbieber im Landkreis Fulda. Der Projektierer ABO Wind hatte zur Besichtigung des Projektes, bestehend aus drei Anlagen des Typs Nordex N117 mit einer Gesamtleistung von 7,2 Megawatt, eingeladen. Die Betontürme der Anlagen stehen bereits, die restlichen Turmteile werden in den kommenden Wochen angeliefert. „Uns ist es wichtig, dass die Anwohner die Entstehung ihres Windparks miterleben können. Wir freuen uns, dass so viele Bürger unserer Einladung gefolgt sind“, sagte Projektleiter Moritz Messerschmidt. Gemeinsam mit Bauleiter Christian Ulbricht und Investorenbetreuerin Natalie Hahner beantwortete Messerschmidt die Fragen der Besucher unter anderem zu den technischen Daten des Windparks, dem erwarteten Ertrag und dem Einspeisepunkt des Stroms.

Der Bau des Windparks Hofbieber bedeutet für ABO Wind eine Premiere: Zum ersten Mal wurden die Rotorblätter auf den letzten Kilometern vor den Standorten mit einem sogenannten Selbstfahrer angeliefert. Diese Transportvariante war nötig, da eine Brückenbaustelle auf der K4 die ursprünglich geplante Route unmöglich machte. Zwei Rotorblätter können damit am Tag transportiert werden, für die drei Windkraftanlagen war der Selbstfahrer so die gesamte Woche beschäftigt. Mit fünf Kilometern pro Stunde steuerten die Mitarbeiter der Spedition Bender den 500 PS starken Selbstfahrer per Fernbedienung über die fünf Kilometer lange Strecke vom Lagerplatz der Rotorblätter zu den Anlagenstandorten. Rund eineinhalb Stunden dauerte die Fahrt eines einzelnen Rotorblatts. Selbstfahrer werden für Schwertransporte aller Art genutzt, für Windkraft-Transporte wird ein Rotorblattadapter auf das Fahrzeug

gesetzt. Dieser kann den Flügel in einem Neigungswinkel von bis zu 60 Grad transportieren. Das vermeidet viele Umbauten entlang der Zuwegung. Auf der anderen Seite erfordert der Selbstfahrer-Transport einige Aufwendungen. Bei jeder Fahrt sind zusätzlich zwei Kräne zum Be- und Entladen nötig. Auch muss eine große Lagerfläche für die Rotorblätter zur Verfügung stehen. Dank der hervorragenden Zusammenarbeit der beteiligten Unternehmen – Anlagenhersteller Nordex, Spedition Bender, Hofmann Kranvermietung und Wörmann-Team – sowie der Begleitung durch die Polizei gelang es, die neun Rotorblätter planmäßig innerhalb einer Woche anzuliefern. Während Rotorblätter normalerweise nachts angeliefert werden, musste die Strecke mit dem Selbstfahrer tagsüber zurückgelegt werden, da nur bei guten Lichtverhältnissen passgenau rangiert werden kann.

Im Herbst 2016 werden die drei Anlagen in Hofbieber ans Netz gehen und dann rund 18 Millionen Kilowattstunden klimafreundlichen Strom erzeugen. So viel verbrauchen rund 15.000 Hessen in ihren Häusern und Wohnungen. Der Umwelt bleibt damit der Ausstoß von mehr als 13.000 Tonnen Kohlendioxid erspart.

Kontakt

Lena Fritsche

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

ABO Wind AG

Unter den Eichen 7, 65195 Wiesbaden

Tel: (0611) 267 65-617; Fax: -599

Mobil: 0152 567 11 617

[lena.fritsche@abo-wind.de](mailto:lana.fritsche@abo-wind.de)

www.abo-wind.de

Münchner Radlnacht startet am 9. Juli auf dem Königsplatz

geschrieben von Andreas | 29. Juni 2016

Pressemitteilung

24/6/2016

Am 9. Juli gehören Münchens schönste Straßen den Radlerinnen und Radlern! An diesem Abend lädt die Radlhauptstadt bei der Münchner Radlnacht – präsentiert von M-net – wieder zum gemeinsamen Radeln auf autofreien Straßen ein. In diesem Jahr startet die Rundfahrt um 20:30 Uhr auf dem großen Königsplatz – es lohnt sich jedoch, schon früher zu kommen. Ab 17:00 Uhr erwartet die Besucherinnen und Besucher ein vielfältiges Programm rund ums Radlfahren mit Live-Musik und Gastronomie.

Für gute Unterhaltung vor dem Start des Radl-Corsos sorgen die Live-Bands El Rancho und Palo Santo im Wechsel mit kurzen Infoblöcken zu aktuellen Münchner Radlthemen. Im Fokus soll vor allem das immer beliebtere Lastenrad stehen. Zum zweiten Mal engagiert sich der Telekommunikationsdienstleister M-net bei der Radlnacht und bietet den Besucherinnen und Besuchern eine kostenlose Reinigung in der mobilen Fahrradwaschanlage sowie eine Beach-Area zum Entspannen mitten auf dem Königsplatz. Bei der Radlnacht feiert außerdem eine weitere Radl-Aktion ihren Auftakt: Das Stadtradeln. Ziel der Aktion ist es, die Münchnerinnen und Münchner zu motivieren, innerhalb der Aktionszeit von 9. Juli bis 29. Juli 2016 möglichst viele Kilometer auf dem Fahrrad auf www.stadtradeln-muenchen.de zu sammeln. Mit im Gepäck hat das Stadtradel-Team neben einem Infostand außerdem eine witzige Attraktion: einen Fahrrad-Looping, in dem schwindelfreie Besucher hoch hinaus um die eigene Achse radeln können.

Um 20:15 Uhr ist soweit: Dann sammeln sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer für den Start der nächtlichen Radlrundfahrt. Um

20:30 Uhr gibt Schirmherr Oberbürgermeister Dieter Reiter den Startschuss und der Corso mit rund 10.000 erwarteten Radlerinnen und Radlern setzt sich in Bewegung. Vom Königsplatz fährt der Zug zunächst über Stiglmaierplatz und Nymphenburger Straße bis zur Hackerbrücke. Von hier führt die Route weiter über die Theresienwiese, Kapuzinerstraße, entlang der Isar und über die Prinzregentenstraße zum Highlight der Route: dem Altstadttringtunnel. Über den Odeonsplatz geht es dann durch die Ludwigstraße zurück zum Ausgangspunkt. Dabei legt der Corso rund 12 Kilometer in gemütlichem Tempo zurück. Denn die Radlnacht ist kein Wettrennen, sondern eine entspannte Rundfahrt. Im Anschluss an den Corso laden die Veranstalter alle Teilnehmenden zum gemeinsamen Picknick auf dem Königsplatz ein.

Während des gesamten Veranstaltungszeitraums kommt es zu Verkehrseinschränkungen in der Innenstadt. Die Radlhauptstadt München bittet insbesondere alle Autofahrer sowie Benutzer von Bus und Tram, sich rechtzeitig über örtliche Sperrungen zu informieren und am Veranstaltungstag insbesondere in der Zeit von 20:00 bis 22:30 Uhr mit Beeinträchtigungen zu rechnen.

Wer Lust hat, die Münchner Radlnacht zu unterstützen, ist herzlich eingeladen, sich als ehrenamtlicher Streckenposten zu engagieren und damit zum Gelingen der Veranstaltung beizutragen. Interessierte melden sich bitte vorab beim Veranstalter Green City Projekt GmbH per Email an radlnacht@radlhauptstadt.de.

Weitere Informationen auf www.radlhauptstadt.de

Veranstaltungstipp für Sportfans:

Am Sonntag, 10. Juli, lädt die Landeshauptstadt München, Referat für Bildung und Sport alle Münchnerinnen und Münchner zum 7. M-net Münchner Sportfestival auf den Königsplatz von 10.00 bis 18 Uhr ein.

Kontakt Presse

Katja Sorg

Telefon: (089) 890 668 -312

Telefax: (089) 890 668 -66

Email: presse@radlhauptstadt.de

Kontakt Veranstalter

Anna Hartmann

Telefon: (089) 890 668 -613

Telefax: (089) 890 668 -66

Email: radlnacht@radlhauptstadt.de

Pressefotos

Kostenlos als Download unter
<https://www.flickr.com/photos/49743195@N03/albums/72157664279386080>

Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft Thomas Schmidt zu Besuch in der Ölmühle Moog

geschrieben von Andreas | 29. Juni 2016

PRESSEMITTEILUNG



Vertreter des Bündnisses Ökolandbau Sachsen trafen sich auf dem Hofgut der Ölmühle Moog mit Staatsminister Thomas Schmidt und dem Wahlkreisabgeordneten Geert Mackenroth:

Dirk Rudert (Naturland e. V.), Jakob Ganten (Demeter e. V.), Bio-Landwirt Hans Joachim Mautschke (Gut Krauscha), Judith Moog (BIO PLANÈTE Ölmühle Moog GmbH), Staatsminister Thomas Schmidt, Kornelie

Blumenschein (Gäa e. V.), Dr. Lena Weick (Bioland e. V.),
Geert Mackenroth, MdL (v. l. n. r.)

Auf Einladung des Bündnisses Ökolandbau Sachsen besuchte der
sächsische Staatsminister für
Umwelt und Landwirtschaft Thomas Schmidt am 20. Juni 2016 die
Ölmühle Moog GmbH in
Lommatzsch. Das Bündnis vertritt sächsische Bio-Anbau- und
Erzeugerverbände wie die
Vereinigung Ökologischer Landbau (Gäa e. V.), Bioland,
Naturland und Demeter e. V., die
mit je einem Vertreter anwesend waren. Außerdem nahm der CDU-
Wahlkreisabgeordneten
der CDU Geert Mackenroth an dem Gespräch teil.

Anlass des Treffens war der Austausch zu aktuellen Fragen im
sächsischen Öko-Landbau und
eine Bestandsaufnahme der momentanen Situation. Weiterhin
sollte es darum gehen zu
analysieren, wo auf beiden Seiten Handlungsbedarf im Sinne von
tragfähigen und
entwicklungsfähigen Strukturen im Öko-Landbau in Sachsen
besteht.

Auf Wunsch des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und
Landwirtschaft fand das
Treffen bei der BIO PLANÈTE Ölmühle Moog statt – dem Bio-
Hersteller mit französischen
Wurzeln statt, der seit 2004 auch in der Lommatzscher Pflege
ansässig ist. Judith Moog, die
Inhaberin und Geschäftsführerin der Ölmühle, ist außerdem Bio-
Landwirtin. Ihr Bio-Hofgut
Faller baut in der Lommatzscher Pflege u. a. Kartoffeln, Raps,
Dinkel und Sonnenblumen an.
Als Bio-Landwirtin und damit Anbieter landwirtschaftlicher
Erzeugnisse einerseits und
Abnehmer von Bio-Ölsaaten für die Ölmühle andererseits kennt
sie die Herausforderungen

auf beiden Seiten.

„Als Hersteller eines Produktes ist für mich – wie für jeden Unternehmer – zuerst einmal entscheidend, ob es eine Nachfrage dafür gibt. Im Bio-Bereich stelle ich immer wieder fest, dass die Verbraucher vor allem regionale Bio-Produkte nachfragen. Und dass das Angebot dieser Produkte deutlich größer sein könnte. Hier sehe ich in Sachsen Nachholebedarf.“ sagt die Tochter des Gründers der Ölmühle Moog GmbH. „Für mich geht es dabei weniger um das Ausloten finanzieller Unterstützung, sondern darum, gemeinsam intelligente Lösungsansätze zu finden.“, fügt Judith Moog hinzu.

Ihren Lösungsansatz hat Judith Moog bei dieser Gelegenheit ebenfalls präsentiert: die im Februar 2015 von ihr gegründete Initiative „Gemeinsam für mehr Bio-Landwirtschaft in Deutschland“ und die Ölserie „Aus unserer Heimat“. Mittlerweile gehören 15 Bio-Landwirte aus Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern der Initiative an. Sie profitieren unter anderem von langfristigen Abnahmegarantien und einer Bezahlung, die die Produktionsbedingungen der Ökolandwirte berücksichtigt und sind auf den jeweiligen Flaschetiketten abgebildet. Bereits 8 verschiedene Ölsorten aus heimischer Produktion kann BIO PLANÈTE inzwischen anbieten, darunter Klassiker wie heimisches Lein-, Raps-, Sonnenblumenöl, aber auch seltenere Sorten wie Hanf-, Mohn- oder Leindotteröl. Die Nachfrage nach diesen Produkten ist sowohl seitens des Handels als auch seitens der Verbraucher groß.

Der Austausch zwischen Öko-Verbänden und Landespolitikern, der in der Küche der Ölmühle stattfand, war aus Sicht der Bündnis-Vertreter offen und konstruktiv. Inhalte des Gesprächs waren unter anderem die Auswirkungen der gegenwärtigen Milchkrise, eine stärkere Verankerung der biologischen Landwirtschaft im Rahmen von Ausbildungen, Beratungsleistungen sowie die Förderung von Wissenstransfer. Eine regelmäßige Fortsetzung der Gespräche auf Fachebene ist angedacht.

Landwirtschaftsminister Thomas Schmidt ist für einen weiteren Ausbau des Öko-Landbaus in Sachsen: „Besonders für umstellungswillige Betriebe werden wir etwas tun. Ab dem kommenden Jahr werden wir die Umstellungsprämien erhöhen. Dazu brauchen wir noch die Genehmigung der EU“. Gleichzeitig warb der Minister für ein gleichberechtigtes und ideologiefreies Nebeneinander von konventioneller und ökologischer Landwirtschaft. „In Sachsen sind wir hier auf einem guten Weg“, betonte der Minister.

Druckfähiges Bildmaterial finden Sie unter: www.flickr.com/photos/bioplanete oder auf Nachfrage unter u. g. Kontaktdaten.

[2016 06 22 PM – BIO PLANÈTE Besuch StM Schmidt + Bündnis Ökolandbau](#)

Abdruck honorarfrei/Belegexemplar erbeten

Pressekontakt und Rückfragen an:

Susanne Langer

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Tel: 035241 820-822

E-Mail: susanne.langer@bioplanete.com

www.bioplanete.com

SHIRTS FOR LIFE – Better. Be. Good. Auf der Ethical Fashion Show in Berlin

geschrieben von Andreas | 29. Juni 2016
Presseinformation SHIRTS FOR LIFE

Buchholz, Juni 2016.- Social sustainable fashion: Unter diesem Slogan präsentiert das Modelabel SHIRTS FOR LIFE aus dem Hause Brands Fashion seine neue Kollektion vom 28. bis 30. Juni auf der Ethical Fashion Show im Postbahnhof in Berlin. SHIRTS FOR LIFE steht für innovative Stoffe, trendbewusste Schnitte, eine eco-faire Produktion und soziale Arbeitsbedingungen. Das Label verwendet ökologische Stoffe (GOTS) aus Fairtrade zertifizierter Baumwolle und aus recyceltem Polyester. Zudem unterstützt SHIRTS FOR LIFE mit dem Produktverkauf aktiv das vielfach ausgezeichnete Bildungsprojekt SCHOOL FOR LIFE in Thailand.

Kollektion

Die SHIRTS FOR LIFE Kollektion – gegliedert in die drei Themenwelten Solid, Urban und Roots – ist trendsicher, detailverliebt und hochwertig verarbeitet. Die Solid-Linie steht für coole, geradlinige Styles und minimalistische Kompositionen mit klassischen Akzenten. Neben Sweats und Jerseys in angesagten Sommerfarben umfasst die Urban-Linie vor allem leichte, fließende Stoffe und präsentiert sich sportiv und relaxed. Die Roots-Linie mit klaren Formen im Vintage-Look

ist natural dyed, also ausschließlich mit Naturfarbstoffen gefärbt. „SHIRTS FOR LIFE sind Lieblingsstücke und drücken einen individuellen Lebensstil aus. Unser Label beweist, dass Mode Spaß macht – auch mit gutem Gewissen!“, betont Chefdesigner Frank Eckert.

Öko? Logisch!

Bei allen Produktionsschritten achtet SHIRTS FOR LIFE auf hohe ökologische Standards und soziale Arbeitsbedingungen. Die Baumwolle der T-Shirts, Polos und Sweats kommt ausschließlich aus kontrolliert ökologischem Anbau, bei dem der Einsatz von umweltschädlichen Pestiziden und künstlichen Düngemitteln untersagt ist. Dies stellt SHIRTS FOR LIFE durch die enge Zusammenarbeit mit GOTS (Global Organic Textile Standard), dem weltweit führenden Standard für die Verarbeitung von Textilien aus biologisch erzeugten Naturfasern, sicher.

Auch Transparenz wird bei SHIRTS FOR LIFE großgeschrieben: Die Herstellung der Kleidung wird entlang der gesamten Wertschöpfungskette eng begleitet. Ein Link in dem Carelabel der neuen SHIRTS FOR LIFE Kollektion führt auf die Website www.tracemyshirt.com, auf der die Lieferkette – vom Baumwollfeld bis zur Näherei – dargestellt wird.

Soziale Standards

SHIRTS FOR LIFE pflegt langjährige Partnerschaften mit zuverlässigen Produzenten in Indien, die schrittweise alle Sozialstandards in den Produktionsbetrieben optimieren. Zusätzlich arbeitet SHIRTS FOR LIFE mit seiner Mitgliedschaft in der BSCI (Business Social Compliance Initiative) durch regelmäßige Auditierungen an der stetigen Verbesserung der Bedingungen in den Produktionsstätten.

Zusätzlich ist die Baumwolle der SHIRTS FOR LIFE-Kollektion überwiegend Fairtrade zertifiziert. Fairtrade ist das weltweit bekannteste nachhaltige Sozialzertifizierungssystem, bei dem die Menschen in Entwicklungs- und Schwellenländern im Mittelpunkt stehen. Das Ziel von Fairtrade ist es, das

Ungleichgewicht im weltweiten Handel abzubauen und durch stabile Mindestpreise das Leben von Baumwollbauern nachhaltig zu verbessern. FLOCERT, das unabhängige Zertifizierungsunternehmen von Fairtrade International, prüft jährlich die Partnerfabriken und Zulieferer des Unternehmens, um den Standard von Fairtrade sicherzustellen.

„Spaß am Shoppen bedeutet für mich fair produzierte, lässige Kleidung – das beinhaltet faire Löhne, keine überlangen Arbeitszeiten oder unbezahlte Überstunden. Ebenso ausgeschlossen werden Diskriminierung am Arbeitsplatz aufgrund von ethnischer Herkunft, Religion oder Geschlecht sowie Kinderarbeit. Außerdem muss den Beschäftigten erlaubt sein, Betriebsräte oder Gewerkschaften zu gründen“, so Anna Johannsen, verantwortlich für Sustainability/ Nachhaltigkeit bei SHIRTS FOR LIFE.

Soziales Engagement – SCHOOL FOR LIFE

SHIRTS FOR LIFE unterstützt aktiv das Sozialprojekt SCHOOL FOR LIFE in Thailand: Mit jedem verkauften Artikel fließt ein Euro an die 2003 gegründete SCHOOL FOR LIFE. Sie bietet rund 140 Kindern aus schwierigen und armen Verhältnissen ein Zuhause und Bildung. Das einzigartige soziale Bildungsprojekt wurde international bereits vielfach ausgezeichnet. Da die SCHOOL FOR LIFE zur Zeit noch auf Spenden angewiesen ist, hat SHIRTS FOR LIFE ein nachhaltiges Konzept entwickelt, mit dem dauerhaft Spendengelder für das Projekt generiert werden sollen. Ziel der Initiative ist das Projekt auszuweiten und weitere Schulen zu gründen.

Weitere Informationen zu SHIRTS FOR LIFE unter www.shirtsforlife.biz

Pressekontakt:

Menyesch Public Relations GmbH
Mascha Günther, Maria Bregmann
Kattrepelsbrücke 1
20095 Hamburg

Tel.: +49 (0) 40 36 98 63-0

Fax: +49 (0) 40 36 98 63-10

E-Mail: brands@m-pr.de

Unternehmenskontakt:

Brands Fashion GmbH

Anna Johannsen

Müllerstr. 11

21244 Buchholz i.d.N.

Tel.: +49 (0) 4181 – 9422-0

Fax: +49 (0) 4181 – 9422-500

E-Mail: info@brands-fashion.com

Studie: Wie TTIP und CETA das Vorsorgeprinzip aushebeln und europäische Verbraucherschutzstandards schwächen – Bundesregierung leugnet Risiken der Freihandelsabkommen

geschrieben von Andreas | 29. Juni 2016

Pressemitteilung – Thema: Freihandelsabkommen

- Ein Rechtsgutachten belegt: Das europäische „Vorsorgeprinzip“ ist in TTIP und CETA nicht verankert – das bedroht den Gesundheits- und Verbraucherschutz in Europa.
- foodwatch kritisiert: Mit TTIP und CETA wäre z.B. ein

Glyphosat-Verbot kaum möglich; umstrittene Chemikalien aus den USA könnten in Europa auf den Markt kommen.

– Die Bundesregierung täuscht die Öffentlichkeit über die Risiken von TTIP und CETA.

Berlin, 21. Juni 2016. Die Freihandelsabkommen TTIP und CETA hebeln das europäische „Vorsorgeprinzip“ zum Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher aus – das belegt jetzt erstmals ein internationales Rechtsgutachten, das die Verbraucherorganisation foodwatch heute vorgestellt hat. Die Folgen der geplanten Handelsverträge zwischen Europäischer Union und den USA und Kanada seien weitreichend: So könnten zum Beispiel Chemikalien aus Nordamerika ohne europäische Zulassung auf den Markt kommen oder die Pestizidbelastung von Lebensmitteln steigen, heißt es in der Studie.

„Das europäische Vorsorgeprinzip ist in TTIP und CETA rechtlich nicht ausreichend abgesichert. Das Niveau des Gesundheits- und Verbraucherschutzes steht damit in Frage“, erklärte Prof. Dr. Peter-Tobias Stoll, Direktor der Abteilung Internationales Wirtschaftsrecht und Umweltrecht an der Georg-August-Universität Göttingen, der das Rechtsgutachten im Auftrag von foodwatch gemeinsam mit Dr. Wybe Th. Douma vom TMC Asser Instituut in Den Haag und Prof. Dr. Nicolas de Sadeleer von der Université Saint-Louis in Brüssel erstellt hat.

Das in den Verträgen der Europäischen Union festgeschriebene Vorsorgeprinzip bildet eine wesentliche Grundlage für die Gesundheits-, Umwelt- und Verbraucherpolitik in Europa – und unterscheidet sich von dem vielfach nur „nachsorgenden Ansatz“ in den USA und Kanada. Während in Nordamerika in vielen Bereichen Substanzen zugelassen werden, bis deren Schädlichkeit nachgewiesen wird, gilt beim Vorsorgeprinzip die Umkehr der Beweislast. Demnach muss ein Unternehmen – beispielsweise bei der Zulassung von Chemikalien – die Unschädlichkeit wissenschaftlich nachweisen und alle eigenen Studien dazu offenlegen. Regierungen in Europa müssen bei potenziellen Risiken vorsorgend aktiv werden, wenn es

begründete Bedenken gibt.

Anders als von Vertretern der Bundesregierung und der Europäischen Union immer wieder behauptet, sei das Vorsorgeprinzip in den Vertragstexten für TTIP und CETA „nicht hinreichend verankert“, heißt es in der Studie für foodwatch. Sowohl TTIP als auch CETA bezögen sich zudem explizit auf rechtliche Verpflichtungen der Welthandelsorganisation (WTO), in denen sich das Vorsorgeprinzip, wie in Europa praktiziert, nicht wiederfindet. Regulierungsvorhaben, die sich auf das Prinzip der Vorsorge berufen, könnten somit in Zukunft verzögert, verwässert oder verhindert werden, so die Autoren.

Politiker in Brüssel und Berlin sowie Wirtschaftsvertreter behaupten hingegen, das Vorsorgeprinzip sei durch TTIP und CETA nicht in Gefahr. So erklärte Bundesjustizminister Heiko Maas gegenüber foodwatch, dass „das Vorsorgeprinzip bei den Verhandlungen nicht zur Disposition steht“. Bundeskanzlerin Angela Merkel versicherte, es werde „kein einziger Standard, der in der Europäischen Union oder in Deutschland gilt, abgesenkt“. Und Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel versprach: „Eine Absenkung der erreichten Standards wird es nicht geben.“

„TTIP und CETA sind ein versteckter Angriff auf das europäische Vorsorgeprinzip. Klamheimlich soll ein Verfassungsrecht ausgehebelt werden – mit fatalen Folgen für die Verbraucherinnen und Verbraucher. Die Behauptung der Bundesregierung, das Prinzip des vorsorgenden Verbraucherschutzes würde nicht angerührt und europäische Standards seien nicht in Gefahr, ist eine vorsätzliche Täuschung der Öffentlichkeit“, sagte foodwatch-Geschäftsführer Thilo Bode. „Das Vorsorgeprinzip wird in den Handelsverträgen nicht an einer einzigen Stelle genannt.“

Wie die Freihandelsverträge TTIP und CETA das Vorsorgeprinzip und somit Schutzstandards in Europa gefährden, veranschaulichen drei Beispiele:

Pestizide: Nach geltendem EU-Recht müssen Pestizide, bevor sie zugelassen werden, auf ihre gesundheitliche Unbedenklichkeit geprüft werden. Bei begründeten Bedenken muss ein Stoff vorsorglich verboten werden. Aktuell fordern beispielsweise einige EU-Staaten ein Verbot des in der Wissenschaft umstrittenen Pestizids Glyphosat – und berufen sich dabei explizit auf das Vorsorgeprinzip. Mit TTIP wäre ein Glyphosat-Verbot nur schwer möglich oder würde Strafzölle nach sich ziehen.

Hormonelle Disruptoren: Hormonelle (oder auch endokrine) Disruptoren, wie beispielsweise Bisphenol A, stehen unter Verdacht, den Hormonhaushalt zu stören und die Gesundheit zu gefährden. Nach dem vorsorgenden Grundsatz hätten die Stoffe in der EU längst reguliert werden müssen. Die Europäische Kommission sollte bereits bis 2013 in einem ersten Schritt Kriterien zur Definition der umstrittenen Stoffe vorlegen – verzögerte dies jedoch mit Blick auf die laufenden TTIP-Verhandlungen jahrelang. Erst als deswegen der Europäische Gerichtshof (EuGH) die Kommission verurteilte, legten die Beamten den EU-Mitgliedsstaaten vergangene Woche einen Vorschlag vor – der von Umweltorganisationen als zu lasch kritisiert wurde. Das Beispiel zeigt, wie die Verhandlungen über geplante Freihandelsabkommen bereits jetzt Maßnahmen zum Gesundheitsschutz verzögern. Sind CETA und TTIP erst einmal unterschrieben, so droht eine Regulierung endgültig nicht mehr zustande zu kommen.

Chemikalien: Die weltweit als streng geltende europäische Chemikalienverordnung (REACH) fußt auf dem Vorsorgeprinzip und steht damit im diametralen Gegensatz zum US-Recht, das grundsätzlich zunächst von der Unbedenklichkeit der Stoffe ausgeht. Da in TTIP und CETA das Prinzip des vorsorgenden Gesundheitsschutzes nicht verankert ist, könnte sich die EU nicht mehr erfolgreich darauf berufen. Die Folge: Chemikalien aus den USA oder Kanada, die in der EU verboten sind, könnten gegenseitig als gleichwertig anerkannt werden und ohne weitere

Prüfung auf den europäischen Markt gelangen.

Trotz der weitreichenden Folgen von TTIP und CETA halten die Europäische Union und ihre Verhandlungspartner an den geplanten Abkommen fest. Der CETA-Vertrag zwischen EU und Kanada ist bereits fertig ausgehandelt und soll nach Plänen der Bundesregierung noch in diesem Jahr „vorläufig“ in Kraft treten – ohne, dass der Bundestag oder die nationalen Parlamente in anderen Mitgliedsstaaten darüber abstimmen. foodwatch hat gemeinsam mit den Organisationen Campact und Mehr Demokratie eine Bürgerklage gegen CETA vor dem Bundesverfassungsgereicht initiiert. Unter www.ceta-verfassungsbeschwerde.de können Bürgerinnen und Bürger die Klage mit einer Vollmacht unterstützen.

Link:

Verfassungsbeschwerde „Nein zu CETA!“:
www.ceta-verfassungsbeschwerde.de

Quellen und weiterführende Informationen:

- Rechtsgutachten „CETA, TTIP und das europäische Vorsorgeprinzip“: tinyurl.com/jjqmxkp
- foodwatch-Hintergrundpapier „7 Thesen zu CETA, TTIP und dem europäischen Vorsorgeprinzip“: tinyurl.com/j5oepyb
- Zitate-Sammlung „Wie Politik und Wirtschaft die Öffentlichkeit über die Freihandelsabkommen täuschen“: tinyurl.com/jcwsffa

Pressekontakt:

Andreas Winkler

E-Mail: presse@foodwatch.de

Tel.: +49 (0)30 / 24 04 76 – 2 90

Umweltministerin weiht erstes Windrad für Genossen im Hunsrück ein

geschrieben von Andreas | 29. Juni 2016

Pressemitteilung

- Ulrike Höfken lobt vorbildliches Projekt in Lahr
- Besucher besichtigen die Windkraftanlage
- Neuer Lehrpfad zur Windenergie für Spaziergänger

(Lahr, 21. Juni 2016) Bei der Nutzung der Windkraft ist der Hunsrück schon seit längerem vorne mit dabei. Am Sonntag weihten Umweltministerin Ulrike Höfken (Grüne) und mehr als 200 Besucher in Lahr nun die erste von einer Bürgerenergiegenossenschaft betriebene Anlage im Hunsrück ein. Höfken sowie Christian Keimer, Bürgermeister der Verbandsgemeinde Kastellaun, und Ortsbürgermeister Hans-Peter Färber lobten das vorbildliche und wegweisende Projekt.

Eigentümerin der Anlage des Typs Nordex N131 mit einer Nennleistung von drei Megawatt ist die SOLIX ENERGIE aus Bürgerhand Rheinhessen eG. Das Wiesbadener Unternehmen ABO Wind hat die Anlage projektiert, die jährlich rund sieben Millionen Kilowattstunden klimafreundlichen Strom produziert. Das entspricht dem Haushaltsverbrauch von rund 5.000 Personen. „Was können wir Besseres tun, als dem Klimawandel mit erneuerbaren Energien etwas entgegenzusetzen?“, fragte Höfken. Die Ministerin bezeichnete die zahlreichen Unwetter der jüngsten Zeit als bedrohliche Vorboten eines verheerenden Klimawandels. Christian Keimer, Bürgermeister der Verbandsgemeinde Kastellaun, sagte: „Das Bürgerwindrad bringt der Ortsgemeinde Lahr satte Einnahmen und dank des Genossenschaftsmodells kann jede Bürgerin und jeder Bürger

daran teilhaben.“ Auch Ortsbürgermeister Hans-Peter Färber betonte die langfristige finanzielle Sicherheit, die die Windkraftanlage der Gemeinde biete. „Bei ABO Wind und allen beteiligten Firmen möchte ich mich für die sehr gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit bedanken. Das Windrad ist für die Gemeinde eine große Bereicherung.“ Der Gemeinderat hatte dem Vorhaben einstimmig zugestimmt und die Bürger über den Fortschritt der Planungen in öffentlichen Sitzungen auf dem Laufenden gehalten. Viele Bürger besuchten auch die Baustelle und sahen sich den Transport der Rotorblätter an. Die Ortsgemeinde ist eines von 98 Mitgliedern der SOLIX Energie und betreibt somit das Lahrer Windrad mit.

Dr. Petra Gruner-Bauer, Vorstandsvorsitzende der SOLIX ENERGIE aus Bürgerhand Rheinhessen eG, erinnerte sich: „Vor 30 Jahren belächelte man die Erneuerbaren und nannte uns Traumtänzer. Heute stehen wir mitten in der Energiewende und die Bürger sind dabei die treibende Kraft.“ Alexander Koffka, Geschäftsleiter des Projektierers ABO Wind, stellte die gute Zusammenarbeit mit den Partnern heraus: „Wir freuen uns sehr über unser erstes Projekt mit einer Genossenschaft – noch dazu eine mit so viel Kompetenz und Engagement. Und dass die Lahrer Bürger hinter dem Windrad stehen und so zahlreich heute mit uns feiern, freut uns natürlich ebenso sehr.“

Nach der offiziellen Einweihung des Windrads traten der Kirchenchor Petershausen sowie der Musikverein Hunsrück-Echo aus Mörsdorf auf. Die Besucher konnten auch den Turmfuß der Windkraftanlage besichtigen. Die Frauengemeinschaft, Freiwillige Feuerwehr und der Verein der Dorfgemeinschaft Lahr bewirteten die Gäste des Festes.

Wenige hundert Meter von der Anlage entfernt hat ABO Wind einen Lehrpfad zur Windenergie mit zehn Quizstationen und einer Infotafel errichtet. Dazu gehört auch eine Fotowand, hinter der sich Besucher gegenseitig als Windkraft-Techniker fotografieren können. ABO Wind informiert über die Windkraftanlage auch unter www.windpark-lahr.de.

Lena Fritsche
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

ABO Wind AG
Unter den Eichen 7, 65195 Wiesbaden
Tel: (0611) 267 65-617; Fax: -599
Mobil: 0152 567 11 617
[lena.fritsche@abo-wind.de](mailto:lana.fritsche@abo-wind.de)
www.abo-wind.de